

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Hunderttausende LeiharbeiterInnen wurden bereits entlassen. Rapide steigt die Arbeitslosigkeit von prekär Beschäftigten, Jugendlichen und MigrantInnen, zwei Millionen Beschäftigte befinden sich zunächst in Kurzarbeit. Die Kurzarbeit verschiebt das Ende vieler Betriebe und die Explosion der Erwerbslosigkeit in die Weihnachtszeit. Ende des Jahres wird die Agentur für Arbeit in eine tiefe Finanzklemme geraten, mit der drohenden Folge, dass die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung erhöht werden.

Die gegenwärtige Krise wird die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung weiter erheblich verschlechtern. Sie ist die tiefste Krise des Kapitalismus seit 1929. Sie kann und wird mit Konjunkturprogrammen und Rettungsfonds nicht überwunden werden.

Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) vom Oktober 2008 macht die Brandstifter zur Feuerwehr. Die Banken bedienen sich mit staatlicher Hilfe völlig ungeniert aus den Steuermilliarden. Ein Geheimgremium (§ 10a des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes: „Gremium zum Finanzmarktstabilisierungsfonds“) beschließt die Verteilung. Milliarden fauler Kredite werden entsorgt, hohe Bonuszahlungen gewährt. Wachsende Vermögen fließen immer noch ungehindert in Steueroasen ab. Der Soffin subventioniert das explosionsartige Wachsen hoher Vermögen, die nur noch mittels Spekulation rentierlich sind. Die nächste Finanzkrise ist vorgeplant. Uns bleiben die Schuldenberge.

Die verantwortlichen Finanzjongleure in Politik und Wirtschaft wollen aber ihre politische Macht nicht gefährden. Deshalb warten sie die Bundestagswahlen ab. Erst dann wird uns die Rechnung für die Finanz- und Wirtschaftskrise präsentiert.

Der Vorschlag des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Wirtschaftstags (DIW), Klaus Zimmermann, die Mehrwertsteuer auf 25 % zu erhöhen, oder die Vorschläge zur Amputation des gesetzlichen Gesundheitssystems, die Debatten über die nochmalige Erhöhung des Renteneintrittsalters und sogar über die Kürzung der Hartz-IV-Regelsätze, bilden lediglich die Vorboten dessen, was uns an sozialen Verschlechterungen bevorsteht.

„Was für den Standort gut ist, ist für die Wirtschaft gut. – Was für die Wirtschaft gut ist, ist für die Menschen gut. Deshalb müssen wir jetzt zusammenhalten und alle den Gürtel enger schnallen, damit Deutschland gestärkt aus der Krise hervor geht.“: Mit dieser Propaganda-Logik wird versucht zu legitimieren, dass es so weiter gehen soll wie bisher: Bereicherung einer Minderheit auf Kosten der Allgemeinheit.

Um das durchzusetzen, werden Mitmenschen mit gemeinsamem Interesse systematisch gegeneinander ausgespielt: „Faule Arbeitslose“ gegen „fleißige Arbeiter“, die Krankenschwester gegen den Studenten, deutsche Arbeitnehmer gegen chinesische, systemrelevante gegen solche, die nur Menschen sind. – Konkurrenz auf allen Ebenen bis hin zum Krieg um Ressourcen, soll als „Sachzwang“ etabliert werden und Kollegialität und Solidarität untergraben:

Belegschaften verhandeln über Sondertarifverträge und Verzichtskataloge zur Rettung „ihrer“ Betriebe, für die „Rettung des deutschen Standortes“ wird in Kauf genommen, dass Menschen in armen Länder verhungern. Objektive Erfordernisse wie Klima- und Umweltschutz stehen dabei der Rettung dieser kaputten Verhältnisse im Weg, wie Abwrackprämie und Straßenbauförderung gezeigt haben

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen!

Zur Überwindung dieser menschenfeindlichen Zustände, die in die Krise geführt haben, nehmen Menschen weltweit zunehmend die eigenen Verhältnisse selbst in die Hand: Im März protestierten 55.000 Menschen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“, im Mai demonstrierten über 100.000 Menschen für ein soziales Europa und dafür, dass die Reichen und Profiteure der Krise sie auch bezahlen. Im Juni streikten über 250.000 SchülerInnen und Studierende, ErzieherInnen und Beschäftigte im sozialen Bereich teils gemeinsam für eine Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen.

Seitdem hat sich in Köln wie an vielen anderen Orten auch ein breites Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ gebildet. Nach den Kommunalwahlen geht es zunächst konkret darum, sich gegen die drohenden Sparpakete zu wehren. Es wird keine betrieblichen Lösungen der Krise und keinen Ausweg durch Verzicht geben. Stattdessen ist es nötig (auch im Hinblick auf die Bundestagswahl), die Wut und Unzufriedenheit durch breite Proteste öffentlich zu machen und solidarisch für eine echte Krisenüberwindung, die menschliche Bedürfnisse statt Profite zum Maßstab macht, zu kämpfen.

Unser Protest geht weiter – gemeinsam und entschlossen in lokalen Bündnissen.

In Köln wie in zahlreichen anderen Städten werden am 17. September diese Proteste mit weiteren Aktionen ihre Fortsetzung finden:

Aktionen in Köln am Donnerstag, 17.9.:

9 Uhr: „Zahltag“ vor der Agentur für Arbeit, Luxemburger Str. 121

11 Uhr: Demonstration mit Traktor mit geschmücktem Zirkusanhänger von der Arbeitsagentur durch die Stadt über die Deutzer Brücke nach Porz, Motorenwerk Deutz AG, Ottostr. 1 (ab 12.30 Uhr), und dann zurück zum Offenbachplatz. Ein weiterer Punkt ist der Flughafen. Es geht um Betriebe, die angesichts der Krise von Kurzarbeit betroffen und deren Belegschaft von Entlassungen oder Lohn einbußen bedroht sind. Der Umzug wird von Radfahrern begleitet.

16.00 Uhr: Kundgebung auf dem Offenbachplatz

16.30 Uhr: Fortsetzung der Demonstration über die Ringe bis zum Rudolfplatz mit Zwischenhalten an mehreren Bankhäusern, bei denen über die Ursachen und Verantwortlichkeiten der kapitalistischen Krise aufgeklärt wird.

17.9.
2009



Erwerbsloseninitiative „Zahltag“:

Etwas Schöneres als die Krise finden wir überall.



Kurzarbeit in Köln (Kölnische Rundschau 31. Juli 2009)

Die Zahl der Arbeitslosen ist in den vergangenen 30 Tagen um 1200 gestiegen. Vor allem die Zahl junger Menschen unter 25 Jahre, die keine Beschäftigung finden, hat zugenommen - um 11,8 Prozent. Aktuell sind in Köln 55 809 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das sind 2,2 Prozent mehr als noch im Juni. [...] Zwischen dem 1. und dem 24. Juli haben 88 Betriebe Kurzarbeit für insgesamt 780 Personen angezeigt. Inzwischen haben gut 750 Betriebe in der Stadt Kurzarbeit für knapp 16 000 Beschäftigte angemeldet.

Deutz AG (Kölner Stadtanzeiger 19. August 2009)

Wegen des Auftragseinbruchs baut die Deutz AG 650 Stellen ab, davon alleine 620 in Köln. Auch an anderen Standorten plant das Unternehmen Jobstreichungen. Im ersten Halbjahr 2009 war das Geschäft dramatisch eingebrochen; 62,4 Millionen Euro Miese stehen für den Zeitraum zu Buche. [...] Zurzeit beschäftigt das Unternehmen weltweit noch rund 4.300 Mitarbeiter, davon 3.500 in Deutschland. Zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr waren es noch 4.930 Beschäftigte. Am Stammsitz Köln arbeiten 2.700 Menschen. In weiten Bereichen des Unternehmens herrscht Kurzarbeit.

Pakt zwischen Regierung und Industrie gegen Jobabbau

Berlin - Eine Art Stillhalteabkommen zwischen Regierung und Industrie verhindert offenbar bis zur Bundestagswahl einen größeren Arbeitsplatzabbau in Deutschland. Wie die „Financial Times Deutschland“ (am 24. August 2009) unter Berufung auf mehrere Spitzenmanager berichtet, gilt der Pakt gegen Entlassungen bis zur Wahl am 27. September. „Deutschland ist momentan vor Veränderungen sicher“, sagte Hakan Samuelsson, Vorstandschef des Dax-Konzerns MAN. „Aber nach der Wahl wird sich die Botschaft ändern. Das ist ganz normal.“ Wie die Zeitung unter Berufung auf die Spitzenmanager weiter berichtet, bestehen besonders im Maschinenbau und der Automobilindustrie weiterhin hohe Überkapazitäten. „Mit Kurzarbeit lässt sich dem nicht beikommen, denn die Unternehmen haben richtig zu leiden“, sagte der Unternehmer Reinhold Würth der Zeitung. Bislang haben in Deutschland trotz der Wirtschaftskrise viele Unternehmen auf Entlassungen verzichtet. Um Stellenkürzungen zu vermeiden, unterstützt die Bundesregierung die Unternehmen mit dem Programm zur Kurzarbeit.

Lohnverzicht? Gürtel enger schnallen? Zähne zusammenbeißen? Es reicht! Wir haben genug von Arbeitshetze und der Angst vor Arbeitsplatzverlust, von Zwang und Kontrolle, vom Aussortieren und Selbstdisziplinieren - sei es durch Studiengebühren, Kopfnoten an der Schule, Beurteilung und Überwachung durch Arbeitsagentur, Politik oder Management. Wir haben genug vom alltäglichen Jeder gegen Jeden, von den Angriffen auf unsere Selbstbestimmung und unsere Würde.

Es ist gar nicht so schwierig, sich zusammenzutun und sich gemeinsam zu wehren. Wir von „Zahltag!“ setzen häufig unsere Rechte gegen Zumutungen und Schikanen nach Hartz IV an Kölner ArGen durch. Bei unseren „Zahltagen“ begleiten wir uns gegenseitig ins Amt. Denn es macht einen entscheidenden Unterschied, ob wir einzeln vorsprechen oder uns entschlossen zusammentun. Gemeinsam signalisieren wir: Euren Gesetzen und Eurer Macht, diese gegen uns auszulegen, setzen wir unsere Empörung, unsere Wut und unsere Entschlossenheit entgegen. Wir wollen nicht länger gefügig sein, uns unterordnen und eure Zumutungen hinnehmen, wir wollen uns nicht länger in unseren Rechten beschneiden lassen.

Angesichts der Krise werden wir in allen Lebensbereichen - von der Schule über den Job bis ins Arbeitsamt - zu Gehorsam, Genügsamkeit und der Geduld von Opferlämmern genötigt. Aber wir wehren uns gegen die alltägliche Erpressung. Diese Methode entwickelt sich zur Norm. Wir begegnen ihr immer wieder. Das Abschieben von Hartz IV-EmpfängerInnen in verschiedene Maßnahmen, angefangen bei Eingliederungs-„vereinbarungen“, über deren Inhalte wir nicht selber zu bestimmen haben, über verschiedene Trainingsmaßnahmen - häufig ohne Sinn und Verstand, zur Verschickung in einen 1-Euro-Job und andere Schikanen mehr - das alles wird unter Androhung der Kürzung oder sogar Streichung des Geldes erzwungen. Wir nennen das Erpressung. Es ähnelt den Methoden, mit denen ArbeiterInnen zu Lohnverzicht genötigt werden, vorgeblich, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Bei Hartz IV ist das Prinzip Erpressung bereits Gesetz. Es steht als permanente Drohung im Raum. Denn man könnte bald zu den „Überflüssigen“ in dieser Konkurrenz-Gesellschaft gehören, denen das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und ein würdiges Leben genommen wird.

Mit dem Begriff Erpressung lässt sich das gesellschaftliche Klima beschreiben, in dem uns permanent bedeutet wird, dass wir etwas zu verlieren haben. Die „Erfordernisse des Marktes“, insbesondere des „Arbeitsmarktes“, sollen uns gefügig machen. Wir sollen uns selbst zur Ware machen. Wer keine Arbeit hat, soll auch nicht essen - schon gar nicht, was er will. Dieses Muster zeigen auch die Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes: Wer bisher in Deutschland geduldet war, aber bis zum Ende des Jahres keinen Arbeitsplatz vorweisen kann, verliert sein Aufenthaltsrecht. Ohne Job droht die Abschiebung, so einfach ist das. Wir wollen aber nicht länger hinnehmen, daß Gefügigkeit und Lohnarbeit Voraussetzungen für Menschenrechte sein sollen, für das Recht, über sich selbst, über sein Leben und das Wie und Wo der eigenen Existenz zu bestimmen.

Gemeinsame Gegenwehr: das ist die angemessene Antwort auf diese Zumutungen. Wir beharren auf unserer Würde. Wir wollen Respekt, wo auch immer -

17.9.: Solidaritätstour zu betroffenen Betrieben ab 11.00 Uhr

Wir begleiten mit Fahrrädern den Traktor mit Zirkuswagen. Wir halten zu kleinen Kundgebungen in Porz an kurzarbeitenden Betrieben. Vorgesehen sind die Motorenwerke Deutz AG in der Ottostraße 1 und die Firma Kötter im Flughafen.

Wir wollen deutlich machen, dass nur Solidarität gegen die Krise wirkt. Denn die ist kein betriebliches Problem. Unser Ziele sind gemeinsame Aktionen der betroffenen Belegschaften.

an der ArGe, am Ausbildungs- und Arbeitsplatz, in der Schule oder auf dem Ausländeramt.

Wir wollen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden – diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, die, denen in Auffanggesellschaften noch Aufschub gewährt wird, die, die sich – beharrlich und phantasievoll – gegen Entlassungen wehren, gegen Schikanen auf den Arbeitsämtern, im 1-Euro-Job oder im Abschiebegefängnis – überhaupt im täglichen Kampf ums Überleben. Lasst uns gemeinsam kämpfen: für bessere Arbeitsbedingungen, für Zugang zu Bildung und selbstbestimmtem Lernen für Alle, für bessere Lebensbedingungen von Erwerbslosen, Flüchtlingen und allen anderen, die zu Überflüssigen erklärt werden! Für das Recht auf saubere Luft, auf sauberes Wasser und auf eine Erde und Meere, die in der Zukunft wieder Lebensraum und Nahrung für Alle bieten können.



Studenten und Schüler:

Die Krise wenden: Emanzipatorische Bildung erkämpfen.

„(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Sie stimmen überein, daß die Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewußtseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muß. Sie stimmen ferner überein, daß die Bildung es jedermann ermöglichen muß, eine nützliche Rolle in einer freien Gesellschaft zu spielen, daß sie Verständnis, Toleranz und Freundschaft unter allen Völkern und allen rassischen, ethnischen und religiösen Gruppen fördern sowie die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens unterstützen muß.“

Schon 1973 sind der UN Sozialpakt und das darin enthaltene Recht auf Bildung für alle in Deutschland ratifiziert worden, als eine Grundlage einer sozial fortschrittlichen und friedlichen Entwicklung weltweit. Ein ausreichend finanziell ausgestattetes, öffentliches Bildungssystem, das sozial unbedrängtes, kooperatives und gemeinsames Lernen von Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten ermöglicht und fördert, ist dafür unumgänglich.

Doch obwohl sich seit 1973 der gesellschaftliche Reichtum mehr als verdoppelt hat, obwohl der wissenschaftlich-technische Fortschritt die Ausweitung wissenschaftlicher Qualifizierung breiter Bevölkerungsschichten nötig macht, obwohl mehr denn je erforderlich ist, dass Bildung und Wissenschaft zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme beitragen, versuchen Konservative und Neoliberale Bildung und Wissenschaft auf die Bedürfnisse der privaten Wirtschaft (Gewinne) zuzurichten.

Die Abgreifer von Köln (Manager magazin, 20. Oktober 2005)

Hamburg - Fondsinitiator Josef Esch habe die Kosten der neuen Kölner Messehallen, der „Nordhallen“, „grotesk aufgebläht“. Vom Gesamtaufwand in Höhe von 330 Millionen Euro vereinnahmten Sal. Oppenheim und Esch laut manager magazin mindestens gut 90 Millionen Euro. Für die Projektentwicklung etwa kasieren sie 56 Millionen Euro – nach Ansicht von Branchenexperten ein abenteuerlich überhöhtes Honorar. Die Eigenkapitalbeschaffung bei den gut zwei Dutzend Anlegern wird mit 19,8 Millionen Euro berechnet. [...] Dubios erscheint auch die Verflechtung der Sparkasse KölnBonn in die verschiedenen Immobiliendeals im Zusammenhang mit der Messe.

[...] dementieren Sal. Oppenheim, Esch und die Sparkasse allerdings unisono, dass es eine solche Zahlung der Sparkasse überhaupt gebe.

Deutschlandradio 28. Oktober 2005:

[...] Den Zuschlag für den Bau der Messehallen erhielt Ende 2003 die Oppenheim-Esch-Holding, ein Ableger der größten Privatbank Europas, Sal. Oppenheim. Die verwaltet die Gelder der Superreichen dieser Republik wie Karstadt-Eignerin Schickedanz, Schuhfabrikant Deichmann oder Zeitungsverleger Neven Dumont. Und das mit stattlichen Renditen. Die Ungereimtheiten beginnen schon bei den Baukosten. Die liegen offiziell bei 260 Millionen Euro. Hochtief-Manager Friedel Abel verplapperte sich aber bei der Grundsteinlegung vor einem Jahr, seitdem bezweifeln Experten diese Summe:

Abel: Wir haben hier zehn Millionen pro Monat an Bauleistung gehabt. Bei einer Bauzeit von 14 Monaten ergibt das Kosten von 140 Millionen Euro. Bleiben also 120 Millionen Euro, die die Investoren für allerlei Nebenkosten aufgebracht haben wollen, etwa Projektentwicklung, Maklergebühren und Mietersuche. Für Immobilienexperten eine schwer nachvollziehbare Rechnung. Feinen: Das ist so absurd. Da kann man nur den Kopf schütteln.

(Sagt der Immobilienexperte Klaus Feinen. Er hat jahrzehntelang für die Deutsche Bank Immobilienfonds aufgelegt.)

Feinen: Für eine Stadt, die sich hier 30 Jahre in Mietvertrag begibt, ist das ein Unikat. Ich kenne in ganz Deutschland keinen vergleichbaren Fall. Hier hat die Stadt sehenden Auges ein ungünstiges Angebot zur Vertragsbasis genommen. Über eine Laufzeit von 30 Jahren kassiert Oppenheim-Esch von der Stadt insgesamt 750 Millionen Euro an Miete. Ein narrensicheres Geschäft auf Kosten der Steuerzahler. Immobilienexperte Feinen hat berechnet, dass die Stadt über 300 Millionen Euro hätte sparen können, wenn sie die Hallen in Eigenregie gebaut hätte.

Das Kölner Bankhaus Sal. Oppenheim ist die größte Privatbank Europas. Seit mehr als 200 Jahren legt Deutschlands Geldadel hier sein Vermögen gewinnbringend an. Sal. Oppenheim gilt als seriös – und verschwiegen. Besonders diskret betreibt die Bank Immobilienfonds mit dem ehemaligen Maurerpolier Josef Esch. Wohl nicht ohne Grund, denn die Methoden des inzwischen zum Großinvestor aufgestiegenen Esch sind seit langem umstritten. Vor allem in Köln macht die Oppenheim-Esch-Holding milliarden-schwere Geschäfte mit der Stadt. Der klammen Kommune finanziert sie große Immobilienobjekte und kassiert dafür über Jahrzehnte sichere und lukrative Mieten. „Wie eine Krake“ habe sich der Fonds in der Stadt ausgebreitet, so der frühere Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpen. (wdr, 28. August 2007)

9,9 Millionen für die Sparkasse

Die Stadtsparkasse Köln soll über eine Tochter gegenüber ihrem eigenen Träger, der Stadt Köln, wie ein bezahlter Lobbyist agiert haben. Für ein Honorar von 9,9 Millionen Euro soll die Sparkasse einem privaten Immobilienfonds geholfen haben, bei einem begehrten Projekt der öffentlichen Hand in Köln - der Erweiterung der Messe - ins Geschäft zu kommen. Über den sogenannten Kölner Klüngel rund um die Stadtsparkasse und deren Zusammenarbeit mit der Oppenheim-Esch-Holding bei manchem Großprojekt ist schon vieles veröffentlicht worden. Doch der jetzt aufgetauchte Vertrag vom 7. Dezember 2004 über das Millionenhonorar eines Esch-Fonds für eine Sparkassentochter wirft neue und heikle Fragen auf. Hat die Kölner Sparkasse, eines der größten kommunalen Kreditinstitute im Lande, unter ihrem damaligen Vorstandschef Gustav Adolf Schröder hinter dem Rücken der Stadtspitze heimlich agiert und kassiert? (SZ 24.6.2008)

Rolf Bietmann bestätigt Beratervertrag KStA, 20. Januar 2009

Das Kreditinstitut hat bestätigt, in den Jahren 2006 und 2007 für Beratertätigkeiten insgesamt 900.000 Euro an den CDU-Politiker und Ex-Bundestagsabgeordneten gezahlt zu haben. Der Vertrag wirft Fragen im Verwaltungsrat auf - und stößt auf Interesse bei der Staatsanwaltschaft. Die Sparkasse Köln-Bonn hat einen millionenschweren Beratervertrag mit dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Rolf Bietmann bestätigt. „Zwischen Herrn Prof. Rolf Bietmann und der Sparkasse hat es in den Jahren 2006 und 2007 einen Vertrag über anwaltliche und kommunikative Dienstleistungen gegeben“, sagte Sparkassen-Sprecher Norbert Minwegen am Dienstag. Damit reagierte das Geldinstitut auf einen Bericht im „Kölner Stadt-Anzeiger“. Bietmann äußerte sich ebenfalls zu dem Vorgang: „Ich war operativ für die Sparkasse tätig.“

Bietmann gibt auf

Kölnische Rundschau 29. Januar 2009

Der Kölner CDU-Politiker Rolf Bietmann hat gestern den Verzicht auf seine Bundestagskandidatur erklärt. Der ehemalige Bürgermeister und CDU-Fraktionsvorsitzende zieht damit die Konsequenz aus der öffentlichen Diskussion um einen Beratervertrag mit der Sparkasse Köln Bonn. Bietmann hatte für seine Tätigkeit 900.000 Euro kassiert. Dass er erfolgreich für die Sparkasse gearbeitet habe, will er in den nächsten Tagen mit Hilfe von Wirtschaftsprüfern und Anwälten belegen.

Deutsche Bank will bei Oppenheim einsteigen Handelsblatt 5. August 2009

Die Deutsche Bank steht vor einem Einstieg bei der angeschlagenen Privatbank Sal. Oppenheim. Das größte deutsche Geldhaus bestätigte Gespräche über eine strategische Partnerschaft mit der ebenfalls stark im Investmentbanking aktiven Luxemburger Bank. Dabei habe das Institut ein unverbindliches Angebot für eine Kapitalbeteiligung abgegeben. [...]

Es geht um einen Minderheitsanteil von weniger als 50 Prozent, wie ein Sprecher der Deutschen Bank sagte. [...]

Die Privatbank musste im vergangenen Jahr wegen der Finanzkrise erstmals in der Nachkriegsgeschichte einen Verlust verschmerzen. Seit geraumer Zeit halten sich Spekulationen, dass Sal. Oppenheim eine weitere Finanzspritze benötigt, obwohl die Familiengesellschafter bereits 200 Mio. Euro zugeschossen hatten.

Dies ist unvereinbar mit humanistischen, kritischen, sozialen und emanzipatorischen Ansprüchen. Durch die Verkürzung der Lernzeit durch das „Turbo-Abi“ (Abitur in 12 Jahren) und Schmalspur-Bachelor Studiengänge sollen SchülerInnen und Studierende, möglichst kostengünstig und effizient dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Unterstützt durch finanziellen Druck von Studiengebühren und altertümlichen Strafmaßnahmen, wie Verhaltensnoten (Kopfnoten), soll unter verschärfter Konkurrenz entgegen dem eigenen sozialen und humanen Interesse gelernt und geforscht werden, was Profit verspricht: So wird z.B. an Krieg und Krankheit verdient, an Frieden und Gesundheit nicht. Das Bildungssystem und die Bildungs„reformen“ der letzten Jahre sind daher Teil der aktuellen gesellschaftlichen Krise.

Damit Bildung und Wissenschaft zu einer humanen und sozial fortschrittlichen Entwicklung der Welt beitragen, kämpfen wir deshalb konkret für

- ...✚ eine Schule für alle,
- ...✚ Gebührenfreiheit im gesamten Bildungssystem,
- ...✚ Verhinderung sozialer Selektion im Bildungssystem,
- ...✚ soziale Absicherung der Lernenden,
- ...✚ bedarfsdeckende und ausschließlich öffentliche Bildungsfinanzierung,
- ...✚ erheblichen Ausbau von Lehrstellen und Bildungseinrichtungen,
- ...✚ Rücknahme der erzwungenen Verkürzung der Lernzeit in Schulen und Hochschulen.

FREIE BILDUNG FÜR ALLE!!!

Dafür wird es bundesweit mit Blick auf die Landtagswahlen wieder einen Bildungstreik geben und im kommenden Semester an mehreren Kölner Hochschulen einen Studiengebührenboykott. Wir beteiligen uns aber auch an den Aktionen am 17. September.



Die Verursacher der Krise sollen die Kosten tragen!

Um die politischen Verhältnisse auch nach den Bundestagswahlen möglichst im Sinne von Banken und Vermögenden zu stabilisieren, hält sich die Wirtschaft noch mit Massenentlassungen zurück. (FTD, 24.8.2009) Sie setzt auf eine künftige Bundesregierung, die auch künftig den Sozialstaat schleift und jede Form solidarischer und nachhaltiger Ökonomie verhindert. Statt dessen soll weiter fröhlich spekuliert, expandiert und fusioniert werden, während die Masse der Bevölkerung unseres Planeten die Folgen der Krise bezahlt - alles wie gehabt in 20 Jahren neoliberaler Globalisierung. Und damit wir das alle ja nicht bemerken, ködern uns Politiker und Massenmedien mit kleinen „Aufregern“ wie Geburtstagsfeiern, Dienstwagenaffären oder immer neuen „Pandemien“.

Allen anderen voran versuchen die Banken, die im globalen Casinokapitalismus hoch gepokert und Milliarden verzockt haben, den Menschen weltweit das Geld auch weiterhin aus der Tasche zu ziehen. Daher wollen wir an verschiedenen Filialen Kölner Kredit(klemmen)institute die Ursachen der Krise beleuchten, falsche und sinnvolle Lösungsmodelle betrachten und uns vom Klüngel- und Privatisierungsexperten Dr. Werner Rügemer von der fatalen Verbindung zwischen Politik und Hochfinanz erzählen lassen.

Unsere kleine Bankentour beginnt um 16.00 Uhr am Offenbachplatz und führt uns in steter Nähe zur kölschen Konsummeile am Neumarkt vorbei in Richtung Ringe, wo sie standesgemäß vor der Deutschen Bank am Hohenzollernring enden wird. Dort wird bereits eine Gruppe Globalisierungskritiker warten - mit der Forderung, die Deutsche Bank zu schließen oder sie zu demokratisieren.

Impressum:

Bündnis 17.9.2009 Köln, V.i.S.d.P. K. Stein, Bayenstr. 11, 50678 Köln, Druck: GNN-Verlag